

Großer Schritt für das Ende der Straflosigkeit von Menschenrechtsverstößen von Unternehmen

lundi 7 juillet 2014

Genf, 27. Juni 2014

Der UN-Menschenrechtsrat hat beschlossen, ein international bindendes Rechtsinstrument zur menschenrechtlichen Regulierung von transnationalen und ähnlichen Unternehmen zu entwickeln und ein Ende ihrer Straflosigkeit anzustreben.



Im Rahmen seiner Aktion zugunsten des Rechts auf Nahrung und verwandter Rechte hat FIAN mehrere Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Konzerne dokumentiert. FIAN hat ebenso darauf hingewiesen, dass die bestehenden freiwilligen Instrumente der Selbstregulierung von Unternehmen keinen ausreichenden Schutz bieten und bei Verstößen auch keine Abhilfe ermöglichen.

Aufgrund seiner Erfahrung und der Fallarbeit und im Bündnis mit weltweit mehr als 600 Organisationen der Zivilgesellschaft, ist FIAN eingetreten für die Annahme eines rechtlich verbindlichen internationalen Instruments über „transnationale Unternehmen und Menschenrechte“. Die durch den UN-Menschenrechtsrat verabschiedete Resolution ist ein wichtiger Schritt, um die Achtung und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten.

"Als Mitglied der Treaty Alliance, einer globalen Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen, die gemeinsam für ein verbindliches Instrument kämpfen, wird FIAN sich weiterhin in diesen Prozess einbringen und die Arbeit der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe unterstützen, um sicherzustellen, dass die Meinungen der von Menschenrechtsverstößen durch transnationale Unternehmen - sei es im Bergbau-, Öl- oder Agrarsektor - betroffenen Gemeinschaften gehört und berücksichtigt werden im Laufe der Erarbeitungs-Debatten", erklärte Ana Maria Suarez Franco, ständige Vertreterin von FIAN international bei der UNO in Genf.

Besonders wichtig wird bei den Diskussionen der Arbeitsgruppe die Integration der Rechte der am stärksten marginalisierten Gruppen, wie indigene Völker, Frauen und Bauern sein, sowie der Schutz der Menschenrechtsaktivisten.

Darüber hinaus sollte das zukünftige Instrument den Bereich der extraterritorialen Verpflichtungen des Staates präzisieren, in dem das für Menschenrechtsverletzungen verantwortliche Unternehmen oder sein Steuerungsgremium seinen Hauptsitz hat, oder seine wichtigsten Unternehmensaktivitäten ausübt.

FIAN fordert einen öffentlichen und transparenten Entwicklungsprozess, der die Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherstellt sowie der sozialen Bewegungen, die sich einsetzen für die Förderung der Unternehmensverantwortung.

Außerdem fordert FIAN alle Mitgliedstaaten des UN- Menschenrechtsrates, einschließlich derjenigen, die gegen die besagte Resolution gestimmt oder sich bei der Abstimmung enthalten haben , auf, sich konstruktiv an der Arbeit der regierungsübergreifenden Arbeitsgruppe zu beteiligen.

Diese Beteiligung erlaubt es, wirksame Formen der Regulierung in diesem Bereich auf internationaler Ebene zu erarbeiten , den absoluten Vorrang der Menschenrechte zu bekräftigen und zu ermöglichen, dass transnationale Unternehmen zur Rechenschaft gezogen werden.